

Goslar, den 25.11.2010

A P P E L L

der Vertreterversammlung 2010

an die Delegierten des „Kleinen“ CDU-Parteitages am 26.11.2010

In Sorge um die Qualität des Bildungswesens in Niedersachsen richten wir, die Delegierten der Vertreterversammlung 2010 des Philologenverbandes Niedersachsen, an Sie den von uns einstimmig gefassten Appell, die Entscheidungen zu den Veränderungen zur Schulstruktur, die Ihnen als Delegierte anheim gegeben sind, gründlich zu bedenken und sich bewusst zu sein, dass Sie heute die für die künftige Struktur der niedersächsischen Schule wichtigste Weichenstellung der letzten Jahrzehnte treffen sollen. Denn diese Entscheidung hat einschneidende Auswirkungen auf die Qualität des Schulwesens in Niedersachsen.

Richtig ist, dass die demographische Entwicklung eine Anpassung der Schulstruktur erforderlich macht, wozu wir auf unserer Tagung einen Vorschlag gemacht haben, der durchaus Übereinstimmungen mit den Plänen des Kultusministers hat. Ausdrücklich begrüßen wir die Zusammenführung von Haupt- und Realschule zu einer neuen Schulform mit einem eigenen „berufspropädeutischen“ Bildungsauftrag. Die Erweiterung um eine wie auch immer geartete „gymnasiale Komponente“ lehnen wir jedoch mit großer Entschiedenheit ab.

Unsere Ablehnung resultiert nicht aus „Angst“, einer ggfs konkurrierenden Schule nicht gewachsen zu sein, sondern aus der Sorge, dass die Bildungsqualität, die wir unseren gymnasialfähigen Schülern schulden, nicht gewährleistet werden kann. Auch nach Maßgabe der Regierungserklärung von Ministerpräsident McAllister muss aber die Bildungsqualität im Interesse der Schülerinnen und Schüler absoluten Vorrang gegenüber anderen Zielsetzungen sowie lokalen Interessen haben.

Nach unserer Auffassung, mit der wir uns in weitestgehender Übereinstimmung mit Ihren Parteifreunden in Nordrhein-Westfalen befinden, die sich derzeit vehement gegen entsprechende Schulpläne der dortigen rot-grünen Landesregierung mit ähnlichen Argumenten wie wir zur Wehr setzen, kann die von Kultusminister Althusmann vorgesehene Oberschule den tatsächlichen Erfordernissen an ein qualitatives Schulwesen nicht gerecht werden. Nach unserer Einschätzung wird ein „gymnasiales Angebot“, das diesem Namen auch nur annähernd gerecht wird, an diesen Mini-Gesamtschulen nicht zu realisieren sein. So kann schon allein aufgrund der geringen Zahl gymnasialfähiger Schüler an diesen Schulen weder ein gymnasialtypisches Wahlpflicht- und Wahlangebot, z. B. in Fremdsprachen, unterbreitet werden, noch können andere schulformentsprechende Veranstaltungen Unterricht und Erziehung prägen. Das jedoch erwarten Eltern, die sich andernfalls getäuscht fühlen. Die propagierte Wohnortnähe wird also mit einem Verlust an Bildungsqualität erkaufte.

Die neuen „Oberschulen“ werden daher schon aus Prestige Gründen alles versuchen, gymnasialfähige Schüler an- bzw. anderorts abzuwerben. Als Werbemittel werden sie insbesondere die vom Kultusminister versprochenen Ausstattungsprivilegien einsetzen. Dies alles kann nur auf Kosten bestehender Gymnasien gehen. Wenn dann noch zusätzlich neue IGSen – teilweise sogar unter erleichterten Bedingungen - gegründet werden dürfen und die Oberschule mancherorts das Gymnasium sogar ganz ersetzen kann (so Kultusminister Althusmann), dann steht die Existenz zahlreicher Gymnasien auf dem Spiel. Dies zeigt sich bereits in konkreten Planungen, etwa in Celle, Hameln und Uelzen und anderorts, wo Pressemeldungen zufolge die Standorte für Oberschulen schon bezeichnet werden.

Bitte verstehen Sie, dass vor diesem Hintergrund die vom Kultusminister verkündete Bestandsgarantie für Gymnasien unsererseits als Leerformel angesehen werden muss.

Die Hoffnung, dass mit diesen Schulplänen die Opposition bzw. die rigorosen Gesamtschulverfechter zu einem „Schulfrieden“ oder auch nur zu einem Konsens bewegt werden können, haben sich heute schon als Illusion erwiesen. Die CDU erscheint in der Öffentlichkeit nunmehr als „halbe Gesamtschulpartei“, die ihre bisherigen schulpolitischen Grundsätze aufgibt und damit schul- und bildungspolitische Erwartungen vieler Menschen in diesem Lande, auch ihrer Wähler, ignoriert.

Wir bitten Sie eindringlich, zu dem Qualitätsversprechen unseres Ministerpräsidenten zu stehen! Bitte korrigieren Sie die Schulpläne im Interesse eines wirklich leistungsfähigen Schulwesens entsprechend.